

6. Wahlperiode – 87. Sitzung

Tagesordnungspunkt 10

Demokratische Regeln respektieren – Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung

Drucksache 6/16395, Antrag der Fraktion AfD

31. Januar 2019

Sehr geehrter Herr Präsident!

Es fällt mir gar nicht so leicht, jetzt zu sprechen, weil ich die Worte von Herrn Richter sehr eindringlich und sehr bewegend fand. Deswegen auch vielen Dank für diesen Beitrag. Viele Abgeordnete haben es schon erlebt: Anschläge auf Büros, Hassmails, Farbbeutel und sonstige Attacken. In wenigen, besonders schlimmen Fällen wird dann sogar körperliche Gewalt ausgeübt. Die Verrohung des politischen Diskurses trifft viele Parteien. In Berlin sind, statistisch gesehen, besonders die SPD und DIE LINKE betroffen, in Chemnitz DIE LINKE, auch die AfD. Doch woher kommt diese schon so oft besprochene Verrohung? Hier sind Politikerinnen und Politiker in der Pflicht, den Diskurs zu führen. Beim Diskurs kann man schon mit dem gesprochenen Wort abgleiten, Gewalt verharmlosen oder gar dazu aufrufen. Dazu möchte ich Ihnen einige Beispiele aufzählen, die Gewaltverharmlosung oder Gewaltverherrlichung durch Politiker abbilden.

Das eine Zitat ist heute schon zweimal angedeutet worden. Sie erinnern sich sicherlich an AfD-Chef Gauland. Er wollte Merkel jagen. Ich habe danach häufiger gehört, dass das ja metaphorisch gemeint gewesen sein soll oder eben ein ganz übliches sprachliches Bild sei. Da möchte ich Sie mal fragen: Was ist denn das für ein sprachliches Bild? Wofür steht denn diese Metapher?

(Zurufe der Abg. Sebastian Wippel und Carsten Hütter, AfD)

Für einen inhaltlichen Diskurs steht diese Metapher ganz bestimmt nicht. Präzisiert hat dieses Zitat – – (Carsten Hütter, AfD: Was ist mit „auf die Fresse“?!) – Herr Hütter, Sie können eine Zwischenfrage stellen, aber Sie können nicht so laut hineinrufen, dass ich nicht mehr weiterreden kann. (Jörg Urban, AfD: Das war fürs Protokoll! – Carsten Hütter, AfD: Das machen Sie doch genauso!) – Nein, das mache ich bei Ihnen überhaupt nicht. Ich kann gar nicht so laut rufen. (Heiterkeit bei der SPD)

Außerdem interessiert mich das gar nicht besonders.

(Unruhe im Saal)

Das ist meine Redezeit und ich würde sie gern weiter für mich nutzen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Genau, das ist Ihre Redezeit, Frau Kollegin.

Präzisiert hat dieses Zitat – da ist man zunächst nicht zurückgerudert – Herr Fest von der AfD. Er verkündete schließlich für alle, die die Intention dahinter noch nicht verstanden haben, er wolle Frau Merkel nicht jagen, sondern er wolle sie erlegen. Vielleicht ist der Begriff „erlegen“ jetzt auch wieder total freundlich gemeint gewesen, aber im Duden steht dazu „ein Tier töten oder durch einen Schuss niederstrecken“.

(André Barth, AfD: Frau Merkel ist kein Tier, also kann man es nur im übertragenen Sinne meinen!)

AfD-Chef Gauland wollte derweil Aydan Özoğuz, die übrigens aus Hamburg kommt, in Anatolien entsorgen. „Entsorgen“ ist ein Verb, das wir ausschließlich im Zusammenhang mit Müll und dessen Beseitigung kennen. Einen ganz offenen Umgang mit Gewalt pflegt indessen Beatrix von Storch. Für den von ihr geäußerten Wunsch, Flüchtlinge, auch Kinder, sollten an der Grenze erschossen werden, kam sie ganz ohne sprachliche Bilder aus. Neben diesen Einlassungen aus der ersten Reihe lehnt sich auch die Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterfraktion der AfD weit aus dem Fenster. Beliebte Chats aus Baden-Württemberg offenbaren Folgendes: „Ich wünsche mir so sehr einen Bürgerkrieg und Millionen Tote. Frauen, Kinder – mir egal. Hauptsache, es geht los. Es wäre so schön.“ Ebenfalls in Baden-Württemberg äußerte der Mitarbeiter Torben Schwarz

(Sebastian Wippel, AfD: Können wir in Sachsen bleiben?!)

zum Mord des chilenischen Diktators Pinochet an Kommunisten, die aus seinem Helikopter geworfen wurden: „So muss das.“ Von Gewalt betroffen sind viele Parteien, aber eine derartige Anhäufung von Gewalt verherrlichenden und Gewalt verharmlosenden Reden gibt es eben nur bei Ihnen. So etwas gibt es nur in der AfD.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den LINKEN, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Genau deshalb ist die AfD kein Opfer, sondern Teil dessen, was es salonfähig macht, in diesem Land politische Gegner gewaltsam zu bekämpfen. Wenn Sie jetzt ein Problem damit haben, dann muss ich Sie fragen: Warum muss man denn von Jagen und von Erlegen sprechen? Warum macht man denn das? Es ist nicht derjenige, der das thematisiert, ein Hetzer, sondern die Hetze geht doch von Ihren Worten aus.

Es gibt ein Plakat, das den Autovermieter Sixt plagiiert soll. Darauf ist das Konterfei von Angela Merkel zu sehen. Angela Merkel hat darauf ein blau geschlagenes Auge und der Spruch dazu lautet „Kein Bock auf Bahnhof“. Sixt prüft derzeit dagegen rechtliche Schritte. Gepostet hatte dieses Plakat der AfD-Abgeordnete Magnitz. Ich werde hier keinen Spott und keine Häme über seine Kantholzfantasien ausschütten. Der Mann ist gezielt verletzt worden und das ist schlimm. Schlimm ist aber auch, was Sie daraus gemacht haben, meine Damen und Herren von der AfD. Es zeigt eben, dass es Ihnen nicht um den Gesundheitszustand dieses Abgeordneten ging, sondern um den größtmöglichen Skandal, der sich daraus konstruieren ließ. Noch bevor Sicherheit über Fakten besteht, werden Falschmeldungen wie Lauffeuer verbreitet und in den Köpfen verängstigter Menschen fest verankert. Einholen lässt sich so etwas durch die Wahrheit nur noch schwer, und genau das wollen Sie. Von der AfD nicht erwähnt wurde, dass

Magnitz couragierte Hilfe vor Ort erhielt, nämlich von einem Deutsch-Libanesen. Dieser Handwerker war für ihn da, als er seinen Schrei hörte, und half ihm. Ein Dankeschön gab es nicht, stattdessen völlig verquere Darstellungen.

(Jörg Urban, AfD: Natürlich gab es das Dankeschön! – Sebastian Wippel, AfD: Völliger Unsinn!)

Dabei feiert doch gerade die AfD so gern Helden des Alltags, etwa, wenn sie sich Ausländern entgegenstellen, die unsere deutschen Frauen belästigen. Aber das sollte wohl ein Privileg des deutschen Mannes bleiben, wenn es nach Ihnen ginge.

(Carsten Hütter, AfD: Zum Thema!)

Die AfD versucht sich in einer Erkenntnisdebatte von eigenen Gewalt verherrlichenden und Gewalt verharmlosenden Äußerungen reinzuwaschen, doch sie ist und bleibt nicht glaubwürdig. Ihre Ablehnung von Gewalt kann ich Ihnen nicht glauben. Dazu noch ein letzter Beleg, diesmal vom AfD-MdL Sandro Hersel: „Brennende Flüchtlingsheime sind kein Akt der Aggression, sondern ein Akt der Verzweiflung gegen Beschlüsse von oben.“ Dieser Freifahrtschein zur Tötung von Asylbewerbern stammt von der AfD. Was sagen Sie dazu? Sehen Sie das auch so? Dann ist Ihre Ablehnung von Gewalt nichts wert. Widersprechen Sie dem doch heute in diesem Hause und sagen Sie hier einmal, dass Gewalt gegen Flüchtlinge für Sie genauso abzulehnen ist wie Gewalt gegenüber Ihren Abgeordnetenkollegen! Darauf bin ich gespannt.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den LINKEN und den GRÜNEN – Zurufe von der AfD – Karin Wilke, AfD, geht ans Saalmikrofon.)

Distanzieren Sie sich von diesem Zitat! Sie sind herzlich dazu eingeladen. Ich habe das schon einmal gemacht, danach kam nichts mehr.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Wilke?

Ja.

Karin Wilke, AfD: Wie kommen Sie eigentlich auf die Annahme, dass wir das bei Flüchtlingen anders sehen würden? Wie kommen Sie auf diese Annahme?

Haben Sie nicht gehört, was ich Ihnen gerade vorgelesen habe?

(Dirk Panter, SPD: Haben Sie nicht zugehört?)

Karin Wilke, AfD: Bitte?

Frau Wilke – –

Karin Wilke, AfD: Tut mir leid. Sie haben überhaupt keinen Anhaltspunkt dafür.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Sie müssen jetzt eine Zwischenfrage stellen.

(Zurufe von der SPD und den LINKEN)

Jetzt kommt die Antwort.

Frau Wilke, ich meine, dass ich verstanden habe, Sie wüssten nicht, wie ich darauf käme.

(Karin Wilke, AfD: Genau!)

Ich kann Ihnen jetzt nicht die Rückfrage stellen, ob Sie mir vorhin zugehört haben. Aber ich kann das Zitat noch einmal wiederholen. Ein Mann aus der AfD, ein Abgeordneter aus Mecklenburg-Vorpommern, sagte: „Brennende Flüchtlingsheime sind kein Akt der Aggression, sondern ein Akt der Verzweiflung gegen Beschlüsse von oben.“ Brennende Flüchtlingsheime sind Gewalt gegen Flüchtlinge!

(Beifall bei der SPD, der CDU, den LINKEN und den GRÜNEN – Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gewalttätige Angriffe auf Politikerinnen und Politiker sind in jedem Fall zutiefst schockierend. Sehr bewegt hat mich persönlich – vielleicht hat jeder von Ihnen solch einen Fall, der ihn besonders berührt hat – im Jahr 2003 der Mord an der schwedischen Ministerin Anna Lindh. Anna Lindh war eine ganz tolle Ministerin, und sie hat es nicht so sehr gemocht, mit Leibwächtern unterwegs zu sein. Sie ist ohne Leibwächter einkaufen gegangen und in einem Kaufhaus niedergestochen worden. Auch unsere Minister und in Ernstfällen auch Abgeordnete sind zum Teil auf Personenschutz angewiesen. Die Arbeit der Personenschützer ist sehr wichtig, aber ich wünschte mir oft, wir bräuchten sie gar nicht erst.

Gewaltsame Übergriffe sind immer nur die Spitze des Eisbergs. Davor stehen Verleumdungen, Hetze und brachiale Rhetorik. Die AfD ist nicht die Kraft, die das beenden will – sie ist ein treibender Keil in dieser negativen Entwicklung. Politische Gewalt verhindert man nicht durch Anträge, politische Gewalt verhindert man durch Verständigung und Solidarität. Genau dafür stehen Sie nicht.

(Beifall bei der CDU, den LINKEN, der SPD, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Bevor Herr Kollege Lippmann zu Wort kommt, eine Kurzintervention. – Bitte.

Dr. Rolf Weigand, AfD: Frau Kliese, ich möchte auf Ihren Redebeitrag eingehen. Ich möchte für mich – und ich denke auch für unsere Fraktion sprechen –, dass wir uns von jeglicher Art von Gewalt auch gegenüber Flüchtlingsheimen distanzieren, dass das keine Art und Weise ist. Ich möchte –

(Zurufe von den LINKEN)

– Lassen Sie mich bitte ausreden! – Ich möchte Ihnen die Gegenfrage stellen – Sie haben auch sehr viele Zitate gebracht –, wie Sie zu der Aussage von Ralf Stegner stehen, der auch von der SPD ist und gesagt hat: Personal und Sachen der Rechtspopulisten – das war auf uns bezogen – müssen attackiert werden. Der Anschlag in Döbeln auf mein Büro hat gezeigt, wie Sie dazu stehen. Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Matthias Röβler: Das war die Kurzintervention.

(Unruhe)

Wollen Sie reagieren, Kollegin Kliese?

– Ja, bitte.

Vielen Dank. Ich möchte gerne antworten. Zum einen nehme ich Ihr Bekenntnis gegen Gewalt gegenüber Flüchtlingsheimen zur Kenntnis. Ich muss Ihnen aber auch sagen, dass all das, was Sie mit Ihren Fake News, die Sie verbreiten – Sie verbreiten zum Beispiel auch Nachrichten, in denen Sie Menschen zur Last legen, die Flüchtlinge sind, dass sie Frauen angegriffen haben, obwohl das noch gar nicht polizeilich belegt ist. Sie sind also mehrfach daran beteiligt gewesen, Fake News gegen Flüchtlinge zu verbreiten. Das alles schürt Aggression. Das alles schürt Zorn und führt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Da müssen Sie also bitte auch den Schritt davor unterlassen. Der zweite Punkt ist Ralf Stegner. Ich wurde vorhin – darauf reagiere ich auch gern noch – auf Andrea Nahles angesprochen; darauf möchte ich zuerst eingehen, weil ich das Zitat kenne. Andrea Nahles hat in einer politischen Auseinandersetzung gesagt: Ab Morgen gibt es auf die Fresse. Ich habe am selben Tag bei Facebook einen Post gemacht, dass ich das für keinen guten Stil halte und dass mir diese Art und Weise, miteinander zu sprechen, nicht gefällt. Ich glaube trotzdem, dass „auf die Fresse“ eine andere Qualität ist als der Begriff „entsorgen“. Ich glaube, dass es da deutliche Qualitätsunterschiede gibt. Dazu möchte ich noch einmal sagen: Komischerweise habe ich es von Ihnen noch nie erlebt, dass sich mal jemand gegenüber irgendeiner Äußerung oder irgendeinem Post distanziert hätte.

(Jörg Urban, AfD: Doch, haben wir schon!)

Wir haben Sie mehrfach in diesem Hause angesprochen zum Beispiel zum „Fliegenschiss“, zum „Mahnmal der Schande“ – da kamen immer nur billige Ausreden.

(Carsten Hütter, AfD: Bleiben Sie doch mal in Sachsen!)

– Soll ich jetzt in Sachsen bleiben oder zu Ralf Stegner antworten?

(Zurufe – Starke Unruhe)

Ich kann jetzt entweder in Sachsen bleiben oder zu Ralf Stegner antworten, da müssen Sie sich jetzt einig werden.

(Zurufe)

– Okay, ich bleibe in Sachsen und setze mich hin.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der Staatsregierung)